

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestags

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,**

am heutigen Freitag stand die Abstimmung zur Verlängerung des **ISAF-Mandats in Afghanistan** an. Die Zustimmung ist niemandem und auch mir nicht leicht gefallen. Denn ich bin davon überzeugt, dass wir uns mittel- bis langfristig aus Afghanistan zurückziehen müssen. Doch dafür braucht es einen durchdachten Plan, der bisher noch nicht zur Verfügung steht.

Wir müssen zunächst unsere (zivilen) Leistungen vor Ort optimieren und verstärken, statt über einen sofortigen Rückzug zu spekulieren. Ein sofortiger Rückzug wie ihn die Linkspartei fordert hätte nichts mit Frieden zu tun, im Gegenteil. Dann müsste auch gesagt werden, wie viele Flüchtlinge aus Afghanistan wir bereit sind aufzunehmen, die mit der einhergehenden Destabilisierung das Land verlassen würden. Auch die Bedeutung für die regionale Stabilität mit Pakistan als Atommacht, dem Kashmirkonflikt, mit Iran und Irak darf nicht vernachlässigt werden.

Es hat sich in den vergangenen Jahren leider immer wieder gezeigt, dass 22 Jahre Bürgerkrieg und Taliban-Herrschaft nicht schnell überwunden werden können. Die Organisation der früheren Taliban, die über zwanzig Jahre lang ein Schreckensregime geführt haben, ist zwar weitgehend zerstört.

Doch gibt es immer wieder Anschläge auf zivile Einrichtungen, wie Schulen, Kraftwerke, Polizeieinrichtungen, mit denen die Gegner des Aufbaus versuchen, die Bevölkerung zu zermürben und die unbestreitbaren Erfolge wieder zunichte zu machen. Und es gibt immer wieder Attentate auf gewählte Politiker und Militäreinrichtungen. Die Bundeswehr leistet deshalb einen unverzichtbaren Dienst zur notwendigen militärischen



**Berlin-Brief, Ausgabe 23
12. Oktober 2007**

Berliner Sitzungswoche

Was geschah sonst noch im Plenum?

Infos im Newsletter der SPD-Fraktion:
<http://juratovic.de/static/spdfrak/07KW41.pdf>

Aktuelle Pressemitteilung

Juratovic wieder im SPD-Landesvorstand. (23.09.2007)
http://juratovic.de/presse_det/211

Allen Jugendlichen eine berufliche Ausbildung bieten. (25.09.2007)
http://juratovic.de/presse_det/212

30 Prozent weniger Langzeitarbeitslose in der Region: „Regionale Arbeitsmarktdaten machen Mut.“ (28.09.2007)
http://juratovic.de/presse_det/213

Meine Termine im Wahlkreis

„Müssen wir die Bahn AG verkaufen?“
Diskussion mit dem OV Bad Rappenau.
16.10.2007, 20h, Rappenau, Salinenhotel

Franz Müntefering MdB: „Politik für Mehr und Gute Arbeit“ SPD-Empfang mit unserem Arbeitsminister und Vizekanzler.
18.10.2007, 17h, Heilbronn, Theater Foyer

„Bericht aus Berlin“ und „Jubilarehrung 2006/07“ im OV Neckarsulm.
19.10.2007, 19h, Neckarsulm, Gaststätte Wilhelmshöhe „Hohly“

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Absicherung des Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozesses.

Wir haben schon viel erreicht: 80 Prozent der Bevölkerung Afghanistans haben jetzt Zugang zu medizinischer Versorgung. Sechs Millionen Kinder gehen wieder zur Schule, davon erstmals 40 Prozent Mädchen. Allein Deutschland hat unter anderem für mehr als 2,5 Millionen Menschen in Kabul die Stromversorgung gesichert.

Insgesamt hat die internationale Gemeinschaft bislang etwa 20 Milliarden US-Dollar für den zivilen Wiederaufbau Afghanistans zur Verfügung gestellt. Das Geld wurde in erster Linie für den Bau der Infrastruktur verwendet, also für Schulen, Straßen, Stromnetze, Trinkwasserversorgung etc. Als sichtbarstes Zeichen sind seither über fünf Millionen Flüchtlingen in ihre Heimat zurückgekehrt.

Uns allen ist klar, dass der Wiederaufbau nur mit Beharrlichkeit und mit Geduld gelingen kann. Auf schnelle Erfolge können wir nicht hoffen. Ein kompletter Abzug der Truppen aus Afghanistan würde aber niemandem helfen, im Gegenteil, wir würden die afghanische Bevölkerung, die auf uns setzt, im Stich lassen. Der afghanische Außenminister Rangin Dadfar Spanta hat Deutschland auf dem Außenministertreffen der G8 in Potsdam am 30. Mai eindringlich um eine Verlängerung des Bundeswehr-Einsatzes zur Stabilisierung seines Landes gebeten. Wortwörtlich fügte er hinzu:

„Dies ist ein Einsatz für Frieden, Demokratie und Menschenrechte. Wenn Afghanistan noch einmal Zentrum des internationalen Terrorismus wird, wäre es eine ernste Gefahr für Europa und Deutschland. Afghanistan hat heute in weiten Teilen ein ganz anderes Gesicht als vor fünf Jahren. Diese Bemühungen sollten wir fortsetzen“.

Die beherrschende Diskussion in dieser Woche war natürlich die Frage, ob das **Arbeitslosengeld I für Ältere** wieder länger gezahlt werden soll und wir damit möglicherweise wieder den Trend zur Frühverrentung befördern.

Seit der Reform haben wir sehr gute Zahlen zur Integration Älterer in das Berufsleben: Ende der 90er-Jahre waren nur 38 Prozent der über 55-Jährigen erwerbstätig; heute sind es bald mehr als die Hälfte dieser Gruppe. Das ist positiv! Von 2002 bis 2006 ist die Zahl der Beschäftigten, die über 50 Jahre alt sind, um 550 000 gestiegen. Von den über 50-Jährigen waren im September 2007 gegenüber dem Vorjahr etwa 200 000 weniger arbeitslos. Das sind sehr gute Zahlen.

Der demografische Wandel zwingt die Unternehmer bzw. die Unternehmen, vermehrt Ältere in den Betrieben zu halten. Dies bedarf jedoch - darin ist sich die Fraktion in großen Teilen einig – einer



Übergangszeit. Wir wollen, dass noch mehr ältere Menschen im Arbeitsmarkt verbleiben oder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Deshalb muss die Qualifizierungsseite deutlich aufgewertet werden.

Wir wollen keine Rückkehr zur Frühverrentung. Wir werden uns damit beschäftigen, ob wir die Wiedereinführung der Erstattungspflicht für Arbeitgeber bei der Entlassung langjährig beschäftigter Arbeitnehmer in die Diskussion bringen. Wir werden uns auch damit zu beschäftigen haben, wie wir die Humanisierung von Arbeitsplätzen insbesondere für ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vorantreiben können.

Es geht bei unserer Diskussion nicht nur um den Arbeitslosengeld-I-Bezug, sondern auch um die Absicherung von Arbeitsplätzen für ältere Menschen, um eine schnellere Integration, aber auch um ein Stückchen mehr sozialer Sicherheit. Dabei – dies ist unstrittig – steht in der Prioritätenliste die schnellere Vermittlung an erster Stelle; erst danach kommt die Alimentierung.

Dies ist keine Abkehr von der Agenda 2010, sondern eine Diskussion aufgrund der Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Würden wir diese Veränderung nicht aufgreifen und diskutieren, würden wir politisch sträflich handeln.

Gute Arbeit, Mindestlohn und Leiharbeit sind weiter meine Hauptthemen. So habe ich diese Woche in Brüssel bei Gesprächen der EU-Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion das Thema Leiharbeit angesprochen. Gerade Deutschland und Großbritannien müssen in dieser Frage tätig werden. Es kann nicht sein, dass eine „Geiz ist Geil“-Mentalität den Druck auf die Lohnkosten durch Leiharbeit und Niedriglohn weiter fördert.

Die Fraktion und der Parteivorstand hatten die Arbeitsgruppe „Arbeitsbedingungen verbessern – Rentenzugang flexibilisieren“ eingesetzt, in der ich mitwirken durfte. Derzeit wird ein Abschlussbericht erarbeitet. Als ehemaliger Fließbandarbeiter und Betriebsrat bleibt die Humanisierung der Arbeit weiter eines meiner Hauptanliegen im Deutschen Bundestag.

Mit freundlichen Grüßen,